

2026-04-27

Humanisten erkennen Gaunersprache

Gaunerwort „liberale Demokratie“

Wie Gauner sprachlich die Menschen täuschen

Roger Köppel



„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Walter Ulbricht, von 1950 bis 1971 der mächtigste Mann in der DDR.

Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* nennt es den Versuch, die „liberale Demokratie“ in Deutschland gegen ihre Feinde zu verteidigen. Andere Medien sprechen von einem Vorhaben zur „Stärkung der Demokratie“. Das Schweizer Fernsehen schreibt, die Parlamentsreform im deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt, um die es hier geht, diene dem Zweck, „die Demokratie resilienter zu machen gegen die AfD“. Die Demokratie stärken, verteidigen, resilienter machen: Wer könnte schon etwas haben gegen diese hochwohlloblichen, ehrenwerten Bestrebungen?

Doch aufgepasst: Was sich in Sachsen-Anhalt unter weitgehender öffentlicher Zustimmung abspielt, ist nichts Geringeres als ein handfester Anschlag auf das Herzstück der Demokratie, ist ein stiller Staatsstreich gegen den Bürger, der im Namen, unter dem Deckmantel, die Demokratie zu retten, um seine Volksrechte gebracht, entmachtet werden soll. An seiner Stelle möchte ungestört ein Kartell etablierter Parteien bestimmen, herrschen, egal, was der Wähler an der Wahlurne entscheidet.

Diese Kartellparteien, von der CDU bis tief hinein ins dunkelrote Lager der Linken, haben Angst. Nein, sie haben regelrecht Panik. Der Grund ist einfach: Die Umfragewerte der AfD steigen, und das Volk beginnt aufzumucken, beginnt sich zu wehren gegen eine Politik, die nicht die gewünschten Resultate liefert. Viele dürften auch die Nase voll haben von Politikern, die über die Köpfe der Bürger hinwegregieren. Und was tun die Damen und Herren Volksvertreter angesichts des wachsenden Unmuts von unten? Sie ändern nicht etwa ihre Politik. Sie ändern die Regeln des Spiels.

Mit einem sogenannten „Demokratie-Schutzpaket“, wie sie es nennen, zementieren sie ihre Pfründe. Sie mauern das Verfassungsgericht ein, sie beschneiden die Rechte künftiger Fraktionen und manipulieren die Geschäftsordnung des Landtags. Das Ziel ist klar: Sollte der Wähler im September „falsch“ abstimmen, soll sein Votum wirkungslos verpuffen. Man will die AfD-Wähler zu Bürgern zweiter Klasse degradieren, noch bevor das erste Kreuzchen gesetzt ist. Und wie verkaufen uns die Medien diesen institutionellen Staatsstreich? Als Rettung der „liberalen Demokratie“.

„Liberale Demokratie“: Das ist das Gaunerwort unserer Zeit. Es ist ein semantischer Tauschspielertrick. Wer dieses Wort im Munde führt, meint nicht Freiheit, sondern Gehorsam. Einst bedeutete Demokratie: die Herrschaft des Volkes. Punkt. Der Souverän entscheidet, und die gewählten Vertreter führen aus. Heute wird der Demokratie das Adjektiv „liberal“ wie eine Zwangsjacke angelegt. Es dient als ideologischer Filter: Demokratisch ist nur noch das, was in den engen Korridor einer linksliberalen Einheitsideologie passt.

In Wahrheit ist diese „liberale Demokratie“ zutiefst illiberal, ja, sie trägt zunehmend totalitäre Züge. An den Adjektiven könnt ihr sie erkennen: Journalisten und Politiker aus dem Justemilieu sprechen von „unantastbarem liberalem“, von „demokratischem Konsens“. Schauen wir uns an, was darunter zu verstehen ist:

- Wer die rücksichtslose Zuwanderungspolitik kritisiert, ist ein Feind der „liberalen Demokratie“.
- Wer den pseudoreligiösen Eifer der Klimapolitik und ihre wirtschaftszerstörerischen Folgen hinterfragt, ist ein Feind der „liberalen Demokratie“.
- Wer sich weigert, die biologische Realität der absurden Gender-Ideologie zu opfern, ist ein Feind der „liberalen Demokratie“.

Mit Liberalismus hat das nichts zu tun. Es ist eine knallharte, linke Agenda, die den Begriff „liberal“ missbraucht, um den grossen Schwindel zu vertuschen. Wer die Demokratie an eine ideologische Richtung knüpft, schafft sie ab. Wenn das Volk nur noch innerhalb der von der Elite gesetzten Leitplanken entscheiden darf, dann ist das keine Freiheit, sondern betreutes Wählen, Demokratie von oben, Gängelung des Bürgers, die Ersetzung der Demokratie durch eine autoritäre Staatsform, die sich mit trügerischen Adjektiven als Demokratie verkleidet.

Was wir in Sachsen-Anhalt erleben, ist der Versuch der Verlierer, sich gegen die Mehrheit zu verschanzen. Die Medien nennen es „Resilienz“. Wir nennen es Arroganz. Sie behaupten, die Institutionen zu schützen, dabei schützen sie nur ihre Sessel. Echter Liberalismus bedeutet Meinungsvielfalt, Diskurs und vor allem: Respekt vor dem Wählerwillen – auch wenn er den Herrschenden nicht passt. Die „liberale Demokratie“ des Mitte-links-Parteienkartells hingegen ist ein exklusiver Klub, der die Tür von innen verriegelt, während draussen das seiner Volksrechte beraubte Volk zu stehen hat.

Doch das undemokratische „Demokratie-Schutzpaket“ von Sachsen-Anhalt hat auch sein Gutes. Es öffnet den Leuten die Augen, macht deutlich, was Politiker und Medien den Wählern vorgaukeln wollen. Es kommt heraus, und immer mehr Deutsche dürften merken: Demokratie ist zu wichtig, als dass man sie den Politikern überlassen darf. Deutschland ist eine noch junge Demokratie. Jahrhundertlang herrschten hier Fürsten, Könige, Diktatoren und Parteien. Allmählich wird es Zeit, dass die Bürger die Regierung übernehmen. Das wäre dann eine Demokratie, die kein Adjektiv mehr braucht.

Roger Köppel, Jahrgang 1965, ist ein Schweizer Journalist, Unternehmer, Publizist und Politiker, der von 2015 bis 2023 als Nationalrat für die Schweizer Volkspartei tätig war. Von 2004 bis 2006 war er Chefredaktor bei „Die Welt“. Er ist Chefredaktor und Herausgeber der Schweizer Wochenzeitung „Die Weltwoche“.

[Kleinere redaktionelle Korrekturen. Red.]

Zuerst veröffentlicht in [DIE WELTWOCH](#)E, mit freundlicher Genehmigung von Roger Köppel übernommen.